

Vorschlag

gemäß der Geschäftsordnung

CDU-Fraktion / Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Nr.: A 21/0646-01

Status: öffentlich

Datum: 20.08.2021

Vorschlag zur Tagesordnung der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der CDU:

Aufnahme von Flüchtlingen aus Afghanistan

Beratungsfolge:

<u>Gremium:</u>	<u>Datum:</u>	<u>Status:</u>	<u>Zuständigkeit:</u>
Rat der Stadt	26.08.2021	Ö	Entscheidung

Beschlussvorschlag: Die Fraktionen von Bündnis 90/ Die Grünen und der CDU schlagen vor, die Tagesordnung der Ratssitzung um den Punkt Aufnahme von Flüchtlingen aus Afghanistan zu erweitern. Die Dringlichkeit ergibt sich aus der dramatischen Zuspitzung der Situation in dem Land am Hindukusch und der problematischen Lage der Ortskräfte.

Sachverhalt: Wir wollen helfen! Die erschütternden Bilder aus Afghanistan machen fassungslos. Nahezu alle politischen Parteien auf Bundesebene und mittlerweile auch in Ruhrgebietskommunen signalisieren die Aufnahmebereitschaft afghanischer Geflüchteter, Ortskräften deutscher Truppen und Menschenrechtsorganisationen. NRW soll nach dem Verteilungsschlüssel 1800 Menschen aufnehmen. Auch wir wollen helfen! Da wir als Stärkungspaktkommune ein sehr enges finanzielles Korsett haben, bitten wir von Bündnis 90/Die Grünen und der CDU die Stadt, folgende Fragen zu klären:

Wie hoch ist die Auslastungsquote aktueller Flüchtlingsunterbringungen?

An welchen Orten haben wir Platz für Menschen aus Afghanistan?

Wie ist das weitere Vorgehen des Landes? Bekommt die Stadt Mülheim Menschen nach dem Königsteiner Schlüssel zugewiesen bzw. ist dieser nach den Flutschäden in NRW überhaupt noch anwendbar?

Könnte man die besonders vom Hochwasser betroffenen Kommunen in NRW (z.B. Leichlingen o.a.) entlasten, indem man deren Quote senkt und die Geflüchteten übernimmt.

Können wir Menschen aufnehmen, ohne den städtischen Haushalt über die Maßen zu strapazieren?

Wann kann die Hilfe erfolgen?

Welche konkreten Vorschläge hat die Verwaltung, um dieses Hilfsangebot zu unterbreiten? Welche zusätzlichen Formalitäten müssen ggf. mit der Bezirksregierung geklärt werden?

Wir bitten die Stadt, die nötigen Gespräche mit der Bezirksregierung zu führen: Dürfen wir Menschen aufnehmen und wenn ja, wie viele?

Wenn diese Fragen geklärt sind, fordern wir die sofortige Hilfe für die Menschen aus Afghanistan.

Tim Giesbert

Christina Küsters

Fraktionsvorsitzender

CDU-Fraktionsvorsitzende

Bündnis 90/ Die Grünen

Anlagen: